

analyse & kritik

extra

ak – zeitung für linke debatte und praxis


_____ Anzeichen für eine breitere Bewegung. Interview mit einem japanischen Anti-AKW-Aktivisten Seite 2

Damals und heute: Drei Aktivisten im Gespräch über Tschernobyl, Fukushima und die Herausforderungen der Anti-AKW-Bewegung Seite 3

Den Atomausstieg selbst in die Hand nehmen: Blockaden an Pfingsten Seite 4 _____

Endlich mal abschalten!

Atomausstieg bleibt Handarbeit



Nach der Atomkatastrophe waren sich fast alle einig: Der Bundespräsident forderte zum „Innehalten“ auf, der saarländische CDU-Chef regte einen Ausstieg an, und der baden-württembergische Ministerpräsident unterstrich: „Dass die Kernenergie eine Übergangs-Energie ist, darüber können wir uns schnell verständigen.“ Der Unions-Fraktionsvorsitzende stellte klar: „Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft, weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn es risikoärmere, gefahrlosere Arten der Energieerzeugung gibt.“ Auch die FDP sprach sich für einen „mittelfristigen“ Ausstieg aus der Kernenergie aus. Auf ihrem Bundesparteitag übernahm sie die Formulierung von der „Übergangstechnik“. Und aus dem Bundeskanzleramt war zu vernehmen: „Wir wollen keineswegs bei der Energieerzeugung durch Kernspaltung stehen bleiben, sondern unterstützen vielfältige Forschungsanstrengungen für andere Energiequellen, auch neue.“

Kommen diese Sätze bekannt vor? So hörte sich 1986 die deutsche Debatte nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl an – vor 25 Jahren. Die Phrasendrescher Richard von Weizsäcker, Lothar Späth, Erwin Teufel und Helmut Kohl sind Geschichte. Die Phrasen sind geblieben – wie die deutschen AKWs. Vor 25 Jahren sollte auch dem Letzten klar geworden sein, dass Atomkraft eine nicht zu verantwortende Zeitbombe ist.

Dieser Rückblick zeigt: Atomausstieg bleibt Handarbeit. Das Aus für die Atomkraft muss auf der Straße sowie in vielfältiger Weise gesellschaftlich erzwungen werden. 1986 wetterten viele noch gegen die veraltete und unzureichende sowjetische Technik. Die Katastrophe in Japan zeigt, dass auch in einem der reichsten und am meisten industrialisierten Länder der Welt „Restrisiko“ gleichbedeutend mit atomarer Katastrophe ist. Japan zeigt aber auch: Der Widerstand gegen die Atomkraft muss antikapitalistisch sein. Es ist vor allem die Logik des Profits, die den unermesslichen Hunger der Industrie nach Energie begründet.

Wie überkommen das Leitbild einer atomar betriebenen Wirtschaft ist, zeigt sich daran, dass ein grün-bürgerlicher Block inzwischen auf ein ganz anderes Projekt setzt: die grüne Modernisierung des Kapitalismus. Ein florierender Kapitalismus, neue Arbeitsplätze und ein gestärkter Wirtschaftsstandort Deutschland sind für Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Grüne die gewichtigen Gründe, sich für eine Energiewende einzusetzen.

Die radikale Linke steht deshalb vor einer doppelten Aufgabe. Sie muss mit einem möglichst breiten gesellschaftlichen Bündnis dem Atomstaat den Rest geben. Gleichzeitig muss sie die Energiewende mit einem Weg aus dem auf Ausbeutung von Mensch und Natur gründenden Kapitalismus verbinden – eine Brücke in eine befreite Gesellschaft. _____

Anzeichen für eine breitere Bewegung

Interview mit dem japanischen Anti-AKW-Aktivisten Takaaki Masuno

Ganz Japan ist von der Atomkraft begeistert? Nein, nicht ganz Japan. Aber während selbst die Tagesschau von Anti-AKW-Demonstrationen in Tokio berichtet, werden diese in den japanischen Medien verschwiegen. Nicht weil sie zu klein sind, sondern weil die Massenmedien Teil des Problems sind. Mit Takaaki Masuno (56), einem Anti-AKW-Aktivisten aus Kaminoseki Yamaguchi, organisiert im Stopp Kaminoseki Network, sprach ak über die Schwierigkeiten in Japan gegen AKWs aktiv zu sein. In Japan ist der Protest gegen AKWs meist lokal organisiert. Auch in Kaminoseki ist ein weiteres AKW geplant. Im Februar wurden die Bauarbeiten begonnen und nach dem Erdbeben am 11.3.11 vorerst unterbrochen.

ak: Was ist in den letzten Wochen passiert?

Takaaki Masuno: Nach dem GAU in Fukushima Daiichi aufgrund des Erdbebens demonstrierten viele AKW-Kritiker und Gruppen in Japan – überall und spontan. Wenige Tage nach dem Unfall fand zum Beispiel eine Demonstration vor dem Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI) für die Abschaltung von AKWs in Hamaoka statt. Am 27. März gab es eine Demonstration mit 1.200 Teilnehmern in Tokio. Ebenso in Ginza und am 2. April auch eine in Kyoto. Am 10. April gingen in Tokio und anderen großen Städten nochmals Menschen auf die Straße. Zudem wurden Unterschriften für die Abschaltung von AKWs gesammelt. Auch Bürgermeister von Gemeinden, in denen neue AKWs geplant sind, brachten Petitionen ein. In Kaminoseki, Yamaguchi, wo es seit fast 30 Jahren eine Bewegung gegen den Bau von AKWs gibt, ist der Weiterbau unterbrochen worden, nachdem ein Antrag des Gouverneurs die Betreibergesellschaften dazu anhielt, die Anlagen einer „umsichtigen Nachprüfung“ zu unterziehen. Aber wie die Zahl von 1.200 Teilnehmern in Tokio bereits zeigt, ist die Anti-Atom-Bewegung in Japan nicht sehr breit. Das ist ein großer

griff „Eisendreieck“ für eine stabile gesellschaftliche Konstellation, mit drei Ankerpunkten: dem Staat, vor allem dem Wirtschaftsministerium (METI), den Energieversorgungsunternehmen (EVU) und den sogenannten Goyogakusha, d.h. angestellten Wissenschaftlern im Dienste der Regierung. Die AKW-Kritiker nennen diese drei Gruppen Genpatsu Mura, die AKW-Herde.

Sowohl innerhalb der EVUs als auch von den Wissenschaftlern werden Menschen mit kritischen Meinungen ausgegrenzt und unterdrückt. Viele AKW-kritische Wissenschaftler haben große Schwierigkeiten, ihre Meinungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Erst jetzt, nach der Katastrophe, können sie endlich öffentlich auftreten und sind sogar manchmal in den Massenmedien präsent. Kritik an den AKWs ist dort aber nach wie vor ein Tabu.

Die EVUs geben für Bewohner in Gegenden, wo neue AKWs geplant sind, viel Geld aus und erhalten so eine breite Zu-

stimmung. Einflussreiche Industriebetriebe, große Arbeitgeber vor Ort, sind oft eng mit der AKW-Industrie verbunden. In solchen Gegenden wird man schnell als Sonderling diskriminiert, wenn man sich kritisch gegenüber AKWs ausspricht – bis hin zu sozialem Ausschluss. Aber auch rechte Aktivisten und Yakuza, kriminell-gewalttätige Banden, schüchtern AKW-Gegner ein und bringen sie mit Gewaltandrohung zum Schweigen. Das ist auch deshalb so, weil die Yakuza die Leiharbeiter für die AKWs organisieren – für die gefährlichsten Arbeiten in den AKWs, für die nicht einmal die achte Subfirma die Verantwortung haben will. Die EVUs bezahlen die Yakuza für diese Arbeit, und

das Geld ist als „Kooperationsgeld“ in der Buchhaltung der EVUs aufgeführt. Und diese Einnahmequelle wollen die Yakuza behalten.

Wie ist das Verhältnis zum japanischen Staat, der ja eine tragende Säule der Atomkraft in Japan ist?

Wie gesagt: Der japanische Staat und die Regierung ist auf die Atom-Bewegung nicht gut zu sprechen. Die Geheim-

„Die Regierung ist auf die Atom-Bewegung nicht gut zu sprechen. Die Geheimpolizei überwacht schon bei mittelgroßen Demonstrationen die Teilnehmer.“

polizei überwacht schon bei mittelgroßen Demonstrationen die Teilnehmer – teilweise auch weil es linksradikale Aktivisten sind. Im Wirtschaftsministerium existiert sogar eine Abteilung, die die Anti-Atom-Bewegung und die Aktivisten ständig beobachtet. Der größte Gewerkschaftsdachverband der japanischen Elektrizitätswerke-Gewerkschaften, Denryoku Soren, in dem die Arbeiter der EVUs organisiert sind, unterstützt sowohl die AKWs als auch die Demokratische Partei. Als diese 2009 an die Macht kam, setzte sie auf den Ausbau der Atomenergie. Für die Regionalwahlen am 10. April 2011 wurde in Fukushima ein Kandidat der Demokratischen Partei nominiert, der aus den Gewerkschaften kam.

Im Gegensatz dazu fordern die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei die Abschaltung von AKWs – letztere ist aber wegen ihrer Kritik an den US-Stützpunkten in Okinawa nicht bündnisfähig. Die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Mizuho Fukushima, hat vor ein paar Tagen Iwaisima besucht und mit der dortigen Bevölkerung gesprochen. Gegenüber dieser Insel ist das neue AKW in Kaminoseki geplant.

Welche Rolle spielen die Medien?

Auch die Massenmedien wirken stabilisierend auf die beschriebene Dreiecks-konstellation von Staat, Goyogakusha und EVUs. Die Medien wiederholen einfach was die Regierung und TEPCO auf den Pressekonferenzen sagen und die Goyogakusha mimen die Experten. Die kommentieren dann: „Die Situation ist stabil. Die Strahlung stellt zur Zeit keine Gefahr für die Gesundheit dar.“ Aber nach mehrfachen Explosionen und der de facto außer Kontrolle geratenen Situation ohne absehbare Ende haben sie ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Um an Informationen zu kommen, nutzen zudem viele Leute das Internet, statt auf Zeitungen und Fernsehen zurückzu-

wohl auch in den nächsten Jahren Erdbeben zu erwarten sind.

Was sehen Sie derzeit als die wichtigste Aufgabe an? Aufklärung und Gegeninformation? Hilfe für die Betroffenen? Und: Wie soll es in den kommenden Monaten weitergehen?

Eine wichtige Frage. Viele meiner Genossen sind nach dem Erdbeben sofort in die betroffenen Orte gefahren, um zu helfen. Im Internet, bei Twitter und Mixi, dem größten japanischen sozialen Netzwerk, werden inzwischen unglaublich viele Informationen gegen Nuklearenergie und AKWs verbreitet. Meiner Meinung nach ist es jetzt extrem wichtig, diejenigen zu überzeugen, die früher gegenüber der Gefahr gleichgültig waren. Die Anti-AKW-Bewegung muss verstärkt auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen. Deshalb wird es in den kommenden Monaten auch mehr Demonstrationen geben. Am 8. April gab es vor der TEPCO-Zentrale in Tokio eine Demonstration. Diese wurde wohl vor allem von jungen Studierenden organisiert.

Es ist zwar schwer zu sagen, was in den kommenden Monaten genau passieren wird, aber tendenziell werden mehr Leute Nein zu AKWs sagen. Auf diese neuen Stimmen müssen wir zugehen. Ich bin schon lange der Meinung, dass die verschiedenen lokalen Gruppen nicht genügend vernetzt sind. Die Katastrophe sollte auch Anlass sein, eine neue Bewegung auf nationaler Ebene zu initiieren und den lokalen Protest zu verallgemeinern. Und: In der Tat sind Anzeichen für eine solche Bewegung zu finden.

Hat die jetzige Katastrophe die Möglichkeit eröffnet, gesamtgesellschaftlich über einen Ausstieg zu diskutieren?

Laut einer telefonischen Meinungsumfrage von Kyodo News vom 27. März unterstützen 46 Prozent den Bau neuer AKWs oder die Erhaltung der existierenden. 48 Prozent sind hingegen für die Revision der Nuklearpolitik oder fordern die Abschaltung aller AKWs. Diese Zahlen wären vor dem GAU nie möglich gewesen. Zudem ist zu beobachten, dass normale Bürger das erste Mal zu Vorträgen und Filmveranstaltungen gehen – das ist sehr auffällig. Diese Diskussionsbereitschaft müssen wir nutzen. Da die Katastrophe wahrscheinlich eine Verbreiterung der Bewegung mit sich bringt, sehe ich vor allem unsere Aufgabe darin, die neue Anti-Atom-Bewegung aufzubauen und fortzuführen. Noch eine Woche vor dem Erdbeben hat Hiromasa Yonekura, der Vorsitzende des Verbandes der japanischen Wirtschaftsorganisationen, behauptet, dass Fukushima Daiichi einen

„AKW-kritische Wissenschaftler haben große Schwierigkeiten, ihre Meinungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Kritik an den AKWs ist in den Massenmedien nach wie vor ein Tabu.“

Unterschied zur deutschen Anti-Atom-Bewegung, deren Erfolg auch in den japanischen Medien viel Aufmerksamkeit bekommt. Allerdings habe ich den Eindruck, dass sich jetzt auch in Japan Umweltschutzgruppen, Künstler und Jugendliche verstärkt kritisch gegenüber AKWs positionieren. Viele Bürger haben nach dem GAU in Fukushima Daiichi gemerkt, welche Gefahr von der Atomkraft ausgeht.

Warum haben es atomkritische Positionen in Japan so schwer?

Es gibt verschiedene Gründe. Ausdrücklich hervorheben möchte ich, dass eine freie Diskussion in der Öffentlichkeit behindert wird. Wir verwenden den Be-

stimmung. Einflussreiche Industriebetriebe, große Arbeitgeber vor Ort, sind oft eng mit der AKW-Industrie verbunden. In solchen Gegenden wird man schnell als Sonderling diskriminiert, wenn man sich kritisch gegenüber AKWs ausspricht – bis hin zu sozialem Ausschluss. Aber auch rechte Aktivisten und Yakuza, kriminell-gewalttätige Banden, schüchtern AKW-Gegner ein und bringen sie mit Gewaltandrohung zum Schweigen. Das ist auch deshalb so, weil die Yakuza die Leiharbeiter für die AKWs organisieren – für die gefährlichsten Arbeiten in den AKWs, für die nicht einmal die achte Subfirma die Verantwortung haben will. Die EVUs bezahlen die Yakuza für diese Arbeit, und



Neben langjährigen Anti-AKW-AktivistInnen tragen auch junge Studierende die Proteste vor der TEPCO-Zentrale in Tokio

greifen. Sie haben begonnen, an den Pressekonferenzen von TEPCO zu zweifeln. Auch freie Journalisten nehmen an den Pressekonferenzen von TEPCO teil, weisen auf widersprüchliche Aussagen hin und drängen so TEPCO dazu, genauere und umfangreichere Informationen zu liefern. Von Regierungssprecher Yukio Edano ist nicht viel zu erwarten. Er gibt nur die Informationen von TEPCO weiter.

Zweifelhaft ist auch die japanische Aufsichtsbehörde Nuclear and Industrial Safety Agency (NISA), die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist. Als ein bei einem Subunternehmen angestellter Arbeiter im Jahr 2000 die NISA über einen verunsicherten Unfall in Fukushima Daiichi informierte, gab die NISA zwar den Namen des Arbeiters an TEPCO weiter, der Unfall wurde aber zwei weitere Jahre verschwiegen und nicht untersucht.

Wie wird das Verhältnis von Erbeben, Tsunami und AKW-Katastrophe diskutiert?

Die Massenmedien berichten zu langsam und nicht ausreichend. Die Fernsehnachrichten berichten völlig getrennt über das Erdbeben sowie den Tsunami einerseits und die Vorfälle in Fukushima Daiichi andererseits. Obwohl die Nuklearkatastrophe noch viele Opfer mit sich bringen wird, stellen die Medien keine Beziehung zwischen den Ereignissen her.

Vor drei Wochen empfahl die Regierung den Einwohnern im Umkreis von 20-30 Kilometer von Fukushima Daiichi, die Region freiwillig zu verlassen. Damals hatten die dort lebenden Menschen weder Benzin noch Geld, und aufgrund von Erdbeben und Tsunami gab es auch keine an-

„Eine japanweite Vernetzung ist nötig – so schnell wie möglich. Die Katastrophe ist noch lange nicht zu Ende, und wir haben nicht mehr viel Zeit.“

deren Verkehrsmitteln, mit denen man das Gebiet hätte verlassen können.

TEPCO behauptete von Anfang an, dass die hohen Wellen des Tsunami nicht zu erwarten gewesen wären. Dieser und die Überflutung hätten den Totalausfall der Notstromversorgungen verursacht. Die Massenmedien stützen bis heute diese Fehleinschätzung. Wissenschaftler weisen hingegen darauf hin, dass die Pumpen der Kühlsysteme bereits vor dem Tsunami aufgrund des Erdbebens ausfielen. Anders ausgedrückt: Es sollte eigentlich nicht nur über den Tsunami berichtet werden, sondern auch über die Erdbebensicherheit der AKWs und die staatliche Kontrolle. Aber weder im Fernsehen noch in den Zeitungen wird dieses Problem diskutiert. Und das ob-

großen Tsunami aushalten würde. Und weiter: „Die japanische Nuklearenergie ist eine Technik, auf die wir gegenüber der Welt stolz sein sollten.“ Die Macht und die Struktur der AKW-Herde sowie der Druck aus den USA und Frankreich werden den Atomausstieg in Japan schwierig machen.

Eine japanweite Vernetzung ist nötig – so schnell wie möglich. Die Katastrophe ist noch lange nicht zu Ende, und wir haben nicht mehr viel Zeit. Wenn wir trotz unterschiedlicher Positionen und Ideen eine Bewegung werden, dann wird bald auch Licht am Ende des Tunnels zu sehen sein.

Interview: Ingo Stützle
Übersetzung: Kohei Saito

Das Gefühl, es sei nichts mehr so wie vorher

Ein Gespräch über Tschernobyl, Fukushima und die Herausforderungen der Anti-AKW-Bewegung

25 Jahre nach Tschernobyl kommt es in Japan erneut zu einem verheerenden Atomunfall. Gleichzeitig erlebt – wie damals – die Anti-AKW-Bewegung eine Renaissance. Am 26. März 2011 gingen in Deutschland so viele Menschen wie noch nie gegen die Atomenergie auf die Straße. Anlass genug, um drei Aktivisten miteinander ins Gespräch zu bringen, die sich zu unterschiedlichen Zeiten und aus unterschiedlichen Motiven in die Auseinandersetzungen um die Atomenergie eingemischt haben bzw. einmischen.

ak: Vom Atomunfall in Tschernobyl hörte man im Westen erst zwei Tage nach der Explosion des Reaktors am 26. April 1986. Könnt ihr euch erinnern, was ihr an diesem 28. April 1986 getan habt?

Micha Pickardt: Ich war damals im Kommunistischen Bund in Nürnberg organisiert. Wir standen seit zehn Jahren im Kampf gegen das bundesdeutsche Atomprogramm, angefangen über Brokdorf, Grohnde, Kalkar bis hin zur Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf in den 1980er Jahren. Vor diesem Hintergrund hatte Tschernobyl für mich persönlich nicht die Bedeutung wie für viele andere, die sich zum ersten Mal mit den Folgen der Kernenergienutzung konfrontiert sahen. Überall war der GAU Gesprächsthema. Überall wurde darüber gesprochen, wie man sich vor der Radioaktivität schützen könnte. Nach dem Reaktorunfall in Fukushima scheint mir die Reaktion ähnlich zu sein. Leute, die sich bisher nicht mit der Gefahr der Atomenergie beschäftigt haben, sind total verunsichert und haben das Gefühl, es sei nichts mehr so wie vorher.

Norbert Henning: Ich war damals elf Jahre alt. Ich weiß nur noch, dass ich nicht mehr draußen Fußball spielen durfte. Aber ich nehme es auch so wahr, wie Micha das sagt. Die Wirkung solcher Kata-

„Die Wirkung solcher Katastrophen ist für Leute, die lange Zeit aktiv sind, eine andere als für Menschen, die sich über Atomenergie nie Gedanken gemacht haben.“

strophen ist für Leute, die lange Zeit aktiv sind, eine andere als für Menschen, die sich über Atomenergie nie Gedanken gemacht haben. Ich selbst arbeite im *Anti-Atom-Plenum Berlin* mit. Politisch sozialisiert wurde ich Ende der 1990er Jahre durch die Proteste gegen die Castortransporte und den Widerstand im Wendland.

Tadzio Müller: Anders als Norbert bin ich nicht über den in Deutschland typischen Weg der Castorproteste zum Energiethema gekommen, sondern über die Gipfelproteste, von Seattle über Prag, Göteborg und Genua bis Heiligendamm. Weil sich die G8 in Heiligendamm als Klimaretter gebärdete und dadurch unsere Kritik am Neoliberalismus in gewisser Weise ins Leere gelaufen ist, bin ich mit *Gegenstrom* Berlin zum Schottern gekommen. Meines Erachtens werden Klima- und Energiethemen bei der Erneuerung kapitalistischer Wachstumszyklen immer relevanter.

Und wie hast du Tschernobyl erlebt?

T.M.: Ich war damals neun und hatte – obwohl das nicht so mein Ding ist – ein Gemüsebeet in unserem Garten. Meine Stiefmutter kam ganz verstört raus und forderte mich auf, ich solle ins Haus kommen.

M.P.: Eure Erinnerungen decken sich mit dem, was ich damals erlebt habe. Überall gab es eine enorme Hilflosigkeit. Die Menschen wussten nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollten. Nicht zu wissen, wie die Gefahr einzuschätzen sei, hat vielen Menschen Angst gemacht.

T.M.: Angst spielt in solchen Situationen eine große Rolle. Die Frage ist, wie politische Akteure sie artikulieren können und in welche Richtung. Das ist hochaktuell angesichts der Ereignisse in Japan. Kohle-, Öl- und Gaspreise sind inzwischen gestiegen. D.h. der Verlust des Vertrauens von vielen in die Atomkraft und die Veränderung von Profitkalkülen bei

Wirtschaftsakteuren führt dazu, dass andere Energieformen mehr nachgefragt werden.

N.H.: Diese Situation müssen wir nutzen. Momentan scheinen in der Tat die Kräfteverhältnisse günstig, um die Atomkraftwerke abzuschalten. Wir müssen in den nächsten Monaten allerdings dafür sorgen, dass nicht nur die inzwischen vom Netz genommenen Kraftwerke dichtgemacht werden.

Lothar Späth, der damalige baden-württembergische Ministerpräsident, sprach angesichts von Tschernobyl von einer „Übergangs-Energie“, die FDP benutzte den Begriff „Übergangstechnik“. Betrachtet man die aktuelle Diskussion, kommt das einem wie ein Déjà vu vor. Hielt man 1986 einen Atomausstieg auch für möglich?

M.P.: Nein, wir fühlten uns ganz im Gegenteil in einer harten Konfrontation mit einem System, dass die Kernenergie auf Teufel komm raus wollte. Heute ist der Anfang vom Ende der Atomenergie eher denkbar. Der Begriff der Brückentechnologie ist natürlich reine Demagogie. Aber er ist gleichzeitig Ausdruck davon, dass man zugibt, dass es so nicht weitergehen kann. Insofern bin ich optimistisch. Allerdings wird es lange dauern, bis alle AKWs vom Netz genommen werden.

T.M.: In gewisser Weise teile ich deinen Optimismus. Deutschland ist allerdings ein Sonderfall. Hier ist der Widerstand gegen die Kernkraft hoch und die Anti-Atom-Bewegung sehr stark. Aber über Deutschland hinaus sehe ich nicht notwendigerweise eine Abkehr angesichts der Renaissance der Atomenergie im Rahmen der Diskussionen über Klimawandel und Peak Oil. (den inzwischen überschrittenen Höhepunkt der Erdölförderung; Anm. ak)

N.H.: Dafür spricht z.B. auch, dass die Urananreicherungsanlage in Gronau bei den rot-grünen Atomkonsensgesprächen nie Thema war. Dort werden für den globalen Markt Brennelemente hergestellt. Die Kapazität ist unter Rot-Grün etwa vierfach worden. Insofern teile ich die Einschätzung, dass der Optimismus hinsichtlich eines Atomausstiegs nur für Deutschland gilt.

Wo wir schon beim rot-grünen Atomkompromiss sind, welche Rolle spielten die Grünen damals und heute?

M.P.: Die Grünen sind ohne die Anti-AKW-Bewegung nicht zu denken. Sie wurden getragen von der unglaublichen Power dieser Bewegung, wie sie sichtbar wurde in den großen Demonstrationen in den 1970er Jahren, die nicht nur militant, sondern vor allem entschlossen waren. Am Vorabend der Proteste gegen das AKW Brokdorf im Februar 1977 hat Bundeskanzler Helmut Schmidt im Fernsehen dazu aufgerufen, zu der von Teilen der SPD mit Unterstützung der DKP und einigen Bürgerinitiativen organisierten Kundgebung in Itzehoe zu gehen anstatt zum Bauzaun in Brokdorf, wohin rund 200 Bürgerinitiativen mobilisiert hatten. Das Beispiel zeigt, welche Konzessionen damals von den AKW-Befürwortern in der politischen Debatte gemacht werden mussten. Nach dem Deutschen Herbst 1977 war das mit einem Schlag zu Ende. Nicht nur die RAF war geschlagen, son-



Die Sehnsucht nach einer heilen Welt 25 Jahre nach dem GAU in Tschernobyl

Foto: Nina Schulz

dern alle Formen radikalen Protestes waren für absehbare Zeit diskreditiert. Es verbreitete sich ganz schnell eine Stimmung, dass andere Wege politischer Arbeit gesucht werden müssen. Innerhalb von zwei Jahren entstand dann die grüne Partei. Die Grünen sind also das Kind der Anti-Atom-Bewegungen. In der Folge haben sie ein Eigenleben entwickelt: Der Parlamentarismus lässt keinen ungeschoren, vor allem, wenn der Druck realer gesellschaftlicher Bewegungen nachlässt.

N.H.: Und diese Entwicklung endete schließlich bei den Atomkonsensgesprächen, die ja in erster Linie ein Konsens mit den Atomkonzernen waren. Durch die Verhandlungen sollte in erster Linie ein gesellschaftlicher Konflikt befriedet werden, es ging primär um die Stilllegung der Anti-AKW-Bewegung. Nicht anders ist zu erklären, warum damals Dinge ausgehandelt wurden, die nichts mit einer Stilllegung zu tun hatten wie etwa die dezentrale Zwischenlagerung der ausgebrannten Brennstäbe.

Wir beurteilen natürlich die Entwicklung der Grünen vom Ergebnis her. Siehst du das als jemand, der die Entstehung der grünen Partei miterlebt hast, anders?

M.P.: In den 1970er Jahren haben wir uns gewünscht, dass es in dem Drei-Parteien-System aus CDU/CSU, SPD und FDP eine Kraft in den Parlamenten gibt, die zu Demos aufruft oder unsere Anliegen unterstützt. Dabei haben wir gar nicht an eine revolutionäre Partei gedacht. Aber den Gedanken, es gäbe Leute, die von den Bewegungen in die Parlamente geschickt werden, fanden wir faszinierend. Unbestritten ist die Entwicklung der Grünen zu kritisieren. Aber man muss sich auch darüber klar werden, was Parteien tun können. Will man als Juniorpartner in einer Regierung den Atomausstieg, dann muss man mit mächtigen Teilen der Gesellschaft, nämlich dem Atomkapital, Kompromisse schließen. Das ist ohne Zugeständnisse nicht zu machen. Dabei will ich nicht behaupten, die Grünen hätten alles richtig gemacht, aber ich finde, mit der These von der Stilllegung der Bewegung macht man es sich zu einfach. Heute haben die Grünen eine befriedende Funk-

tion. Aber kann man das ihnen einseitig vorwerfen? Gäbe es in Deutschland eine Bewegung von gesellschaftlicher Brisanz wie in den 1970er Jahren die Anti-Atom-Bewegung, dann müssten sich die etablierten Strukturen – und damit auch die Grünen – daran orientieren.

Welche Rolle spielen die Grünen heute?

N.H.: Die Reform-Rolle. Und man kann und soll ihnen dabei mindestens vorwerfen, dass sie sich die Bewertung anmaßen, welcher Atomausstieg vernünftig und realistisch ist. Damit engen sie bewusst die Spielräume radikaler Gesellschaftskritik ein. An den Orten, an denen sich die Bewegung trifft und diskutiert, sind die Grünen schon seit Langem nicht mehr präsent – und auch nicht wirklich er-

„Aktuell steht die Anti-AKW-Bewegung vor der Herausforderung, den durch Fukushima entstandenen politischen Raum nicht nur für eine Ausstiegsdebatte zu nutzen.“

wünscht. Der Green New Deal der Grünen und ihr Projekt der Modernisierung des Kapitalismus ist nicht unser Konzept. Natürlich ist der neoliberale Reformsog, der von den Grünen ausgeht, stark, insofern ist mir die staatsferne und parlamentarismuskritische Politik der Anti-Atom-Bewegung sehr wichtig.

T.M.: Ich nehme vielen grünen Parteikadern ihre Ablehnung der Atomkraft ab. Bewegungen sind soziale Macht, die wollen die Grünen kanalisieren, um ihre politischen Ziele innerhalb der parlamentarischen Auseinandersetzung durchzusetzen. Dieser Logik folgend, macht für einen grünen Parteikader die Neutralisierung widerständiger Teile der Anti-Atom-Bewegung einen Sinn, um so viel wie möglich dieser Bewegungsmacht in die eigene Macht übersetzen zu können. Aber wenn man das weiß, kann man dem begegnen. Denn vor allem eine Partei wie die Grünen ist auf Bewegungen angewiesen.

Vor welchen Herausforderungen stand die Anti-Atom-Bewegung damals, vor welchen steht sie aktuell?

T.M.: Aktuell steht die Anti-AKW-Bewegung vor der Herausforderung, den durch Fukushima entstandenen politi-

schen Raum nicht nur für eine Ausstiegsdebatte zu nutzen. Angesichts von Peak Oil und Klimawandel brauchen wir eine Bewegung für eine dezentrale, basisdemokratische Energiewende. Es war gerade der abgewählte Atombefürworter Stefan Mappus, der auf den Punkt gebracht hat, um was es geht. Wenn wir keine Atomkraft, keine Kohle, sondern 100 Prozent erneuerbare Energie wollen, müssen wir sagen, wie wir das machen wollen, was das kostet und wer es bezahlen soll. Ich finde das sind die richtigen Fragen.

M.P.: Damals mussten wir das Thema erstmal auf die politische Agenda setzen. Ich kann mich in meiner Jugend z.B. noch an Werbung für radioaktive Zahnpasta erinnern oder an Geräte in den Schuhge-

schäften, bei denen mit Röntgenstrahlen die Füße durchleuchtet wurden, um zu sehen, ob die Schuhe passen. In den 1950er und 1960er Jahren gab es eine ungemein positive Haltung gegenüber der Atomenergie. Diese Stimmung kippte erst Anfang der 1970er Jahre. Auf einmal gab es eine relevante Minderheit, die ihre Bedenken äußerte. Das betraf nicht nur die Atomenergie, sondern insgesamt das Verhältnis Natur und Technik – Stichwort: Club of Rome. Wenn ich mir die Entwicklung bis heute anschau, dann muss ich feststellen, dass die Interessen der Anti-Atom-Bewegung von denen der alternativen Energieunternehmen kaum noch zu unterscheiden sind. Da bekommt man schon ein mulmiges Gefühl, für wen man auf die Straße geht. Deshalb geht es aus einer antikapitalistischen Perspektive sicherlich um eine dezentrale Energieversorgung. Windräder statt Atomkraftwerke hebeln den Kapitalismus nicht aus. Aber eine dezentrale Energieversorgung setzt schon an der Achillesferse an. Ansonsten halte ich es mit Herrn Keuner, der auf die Frage, woran er gerade arbeite, antwortet: „Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.“

Interview: **is., mb.**

IMPRESSUM Herausgeber: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Druck und Verlag: ak – analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg; Tel.: Redaktion / Verlag 040/401 701 74; Redaktion@akweb.de; www.akweb.de; V.i.S.d.P.: für diese Ausgabe G. Bauer, Verlagsanschrift; Auflage: 15.000

Den Atomausstieg selbst in die Hand nehmen

Die Anti-AKW-Bewegung ruft für Pfingsten zu Blockaden auf

ak: Auf einmal sind alle gegen die Atomenergie und wollen den Atomausstieg. Dass er kommt, daran zweifelt niemand mehr. Warum soll man in dieser Situation an Pfingsten nach Brokdorf fahren?

Christoph Kleine: Der politische Druck muss jetzt aufrechterhalten und verstärkt werden – nur dann ist das schnelle Ende der Atomenergie in Deutschland durchsetzbar. Denn was uns als „schnellstmöglicher Ausstieg“ verkauft werden soll, wird nach dem Willen der Energiekonzerne und der Bundesregierung den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke für mindestens zehn Jahre garantieren. Der Entwurf für den Abschlussbericht der Ethik-Kommission enthält gar den Vorschlag, abgeschaltete Atomkraftwerke als sogenannte Kaltreserve jederzeit wieder anfahren zu können. Es zeichnet sich ein dem damaligen rot-grünen „Atomkonsens“ ähnlicher Betrug ab, der die Anti-AKW-Bewegung schwächen und befrieden soll und bei nächstpassender Gelegenheit von den Konzernen und ihrer Lobby in Regierung und Parteien wieder infrage gestellt werden kann. Der nächste schwere Atomunfall muss sich aber nicht an die langfristigen Ausstiegs-Zeitpläne halten, sondern kann jeden Tag eintreten. Ebenso unverantwortlich ist die weitere Produktion radioaktiven Abfalls, der noch Jahrtausende vor sich hin strahlen wird. Also ist es jetzt noch viel zu früh, sich mit vagen Ausstiegsversprechungen zufriedenzugeben. Atomausstieg bleibt Handarbeit.

Wer unterstützt die Blockaden, und was ist geplant?

Das Aktionsbündnis *Block Brokdorf* besteht aus unabhängigen Anti-AKW-Initiativen, aus AktivistInnen der Klima- und Ökologiebewegung, aus Jugendverbän-

den und aus Gruppen der radikalen Linken. Es geht uns um eine massenhafte, entschlossene und dauerhafte Blockade des AKW Brokdorf ab dem Pfingstweekenende. Die dann laufenden Revisionsarbeiten sind mit deutlich erhöhtem Material- und Personalverkehr in und aus dem Kraftwerk verbunden. Dieser Verkehr und damit das Wiederanfahren des AKW soll spürbar behindert und verzögert werden. Unser Plan: Wir begeben uns zu Tausenden auf die Zufahrtsstraßen und lassen uns weder aufhalten noch vom Blockadeziel abbringen. Zu Tausenden machen wir die Zufahrtsstraßen dicht und werden sie nicht freiwillig verlassen. Wir sind entschlossen zu bleiben!

Angekündigt sind mehrtägige Blockaden. Steht die Entscheidung dafür schon definitiv fest?

Ab dem 11. Juni, dem Pfingstamstag, wird es Vorbereitungen und Diskussionen in einem Aktionscamp geben. Spätestens ab dem 12. Juni wird dann blockiert. Die genaue Dauer hängt von dem Durchhalten und der Entschlossenheit der Teilnehmenden ab – schließlich sind derartige Blockadeaktionen möglichst basisdemokratisch organisiert. Alle Vorbereitungen gehen aber davon aus, dass wir weit bis in die folgende Woche hinein blockieren. Deswegen empfehlen wir allen Teilnehmenden, sich für die gesamte Woche nach Pfingsten freizunehmen.

X-tausendmal quer mobilisiert neben Brokdorf auch nach Biblis. Droht so

nicht eine Zersplitterung der Kräfte?

Wenn der bekannt gewordene Entwurf der Ethik-Kommission ungefähr die politische Absicht der Bundesregierung vorgewinnt, wovon wir ausgehen, dann werden die acht Moratoriums-AKW, also auch Biblis A und B, nicht wieder ans Netz gehen. Eine Blockade dort wäre dann also ziemlich sinnlos, und viele

AktivistInnen werden stattdessen nach Brokdorf fahren, wo *x-tausendmal quer* ja ebenfalls Blockaden vorbereitet. Diesen Aufruf sehen wir übrigens nicht als Konkurrenz, sondern wir begrüßen, dass alle blockadeerfahrenen Spektren der Anti-AKW-Bewegung nach Brokdorf mobilisieren und sich die Aktionen dort gegenseitig unterstützen und verstärken werden.

Welches Zeichen soll von Brokdorf ausgehen?

Die Blockade von Brokdorf als einem angeblich „neueren“ und „sicheren“ Kraft-

werk soll ein kraftvolles Zeichen werden, um deutlich zu machen, dass die Anti-AKW-Bewegung sich nicht befrieden lässt, sondern auf einer sofortigen und vor allem unumkehrbaren Stilllegung aller Atomanlagen bestehen muss. Darüber hinaus geht es aber auch um die Rolle der Energiekonzerne. Deren Profitinteresse und – in der kapitalistischen Logik liegende – Verantwortungslosigkeit hat uns die Atomenergie und ihre Folgen eingebrockt. Diese Konzerne müssen jetzt endlich enteignet und in kleineren, demokratisch kontrollierten Einheiten vergesellschaftet werden.

Interview: mb.



Brokdorf: Schauplatz heftiger Kämpfe gegen das Atomprogramm, gestern, heute und an Pfingsten 2011

analyse & kritik – als Abo oder als Geschenk

www.akweb.de (Online-Bestellformular)

AbsenderIn

Name An **analyse & kritik**

Straße **Rombergstraße 10**

PLZ + Ort **20255 Hamburg**

Land

E-Mail

3 Ausgaben von ak für nur 5 €!
(wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird, wird dieses Angebot automatisch zum Jahresabo)

Ich will **ak** im Abonnement beziehen.
(Ein Jahresabo umfasst derzeit 11 Ausgaben ak)

Aboart	halbjährliche Zahlungsweise	jährliche
Normalabo (Inland)	<input type="checkbox"/> € 27,-	<input type="checkbox"/> € 53,-
Förderabo	<input type="checkbox"/> €	<input type="checkbox"/> €
für Menschen mit geringem Einkommen (ohne Werbeprämie):		
Sozialabo	<input type="checkbox"/> € 19,-	<input type="checkbox"/> € 37,-
Zuschlag Abo Europa	<input type="checkbox"/> € 5,-	<input type="checkbox"/> € 10,-
Zuschlag Abo weltweit (Luftpost)	<input type="checkbox"/> € 8,-	<input type="checkbox"/> € 15,-

- Ich will **ak** verschenken und trage die Geschenkadresse ein.
(Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum, bzw. auf mindestens 1 Jahr befristet.)
- Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.

ak soll geschickt werden an:

Name, Vorname

Straße

PLZ + Ort

Land

E-Mail

Zahlungsweise:

Ich füle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto a-k-i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 788 836-202
(Ausland: IBAN: DE 23 2001 0020 0788 8362 02 / BIC: PBNKDEFF)

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugszeitraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich a-k-i, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung **ak** bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

KontoinhaberIn

Kto.Nr. BLZ

bei der

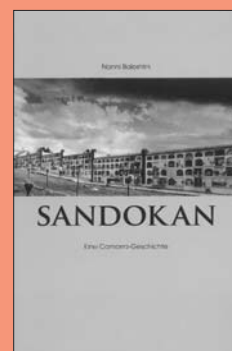
mittels Lastschrift einzuziehen.

Ort, Datum Unterschrift KontoinhaberIn

ak-Werbeprämien

Ich habe **ak** für 1 Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschenkt. Schickt mir bitte die angekreuzte Werbeprämie (Sozialabo ohne Werbeprämie)

- Sandokan. Eine Camorra-Geschichte** von Nanni Balestrini
- Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren** von Jan Ole Arps



akArchiv6. – die CD-ROM

